

Nein zum härtesten Asylgesetz Europas

Mit dem zur Abstimmung vorliegenden revidierten Asylgesetz bekäme die Schweiz die härtesten Regelungen in Europa. Gerade unsere Schweiz, welche sich doch international bisher viel Achtung für ihr Engagement in Sachen Menschenwürde und Menschenrechte erworben hat. Noch im Mai wurde sie deshalb in den neu geschaffenen Menschenrechtsrat der UNO gewählt. Wenn dieses Asylgesetz jedoch Realität wird, gelten diese Werte in unserem eigenen Land nichts mehr. Am sichtbarsten wird das bei der Bestimmung, dass Flüchtlinge innerhalb von zwei Tagen ihren Pass oder ihre Identitätskarte abgeben müssen. Andernfalls würde auf das Asylgesuch nicht einmal eingetreten. Meist sind es aber gerade bedrohte Flüchtlinge, die oft keine Papiere mehr haben, weil sie ihnen schon in ihrem Heimatland weggenommen wurden. Oder versuchen sie einmal ihren verloren gegangenen Pass innert 48 Stunden zu ersetzen. Ein Nichteintretensentscheid auf Asylgesuche von Flüchtlingen verletzt zudem die Flüchtlingskonvention. Künftig sollen zudem alle Personen mit definitiv abgelehnten Asylgesuchen von der Sozialhilfe ausgeschlossen werden und dies auch, wenn sie gar nicht ausreisen können, weil kein Land sie aufnimmt. Weil es hier keine Ausnahmen gibt, treibt man so Menschen ins Elend, in die Illegalität und in die Überlebenskriminalität. Darum wäre es enorm wichtig, hier weitere Rückübernahmeabkommen mit möglichst vielen Ländern abzuschliessen. Die Revision des Asylgesetzes sieht in diesem Bereich jedoch keine Mittel vor. Gerade solche Abkommen stellen aber die wichtigste Massnahme gegen den möglichen Missbrauch dar. Deshalb braucht es weitere Rückübernahmeabkommen, die Bekämpfung von Kriminalität mit unserem Strafrecht und auch eine Lockerung von Arbeitsverboten. Dass im Weiteren, wer die Schweiz nicht freiwillig verlässt bis zu zwei Jahren ins Gefängnis kommt, auch wenn er sich nichts hat zu Schulden kommen lassen, erachte ich als unverhältnismässig, dies auch im Vergleich zum Strafrecht. Dass dabei selbst Minderjährige eingesperrt werden sollen verstösst nicht nur gegen die Kinderrechte sondern auch gegen die humanitäre und christliche Tradition. Dies alles fördert die Ausreise nicht, sie treiben nur die Haftkosten in die Höhe. Ich werde den Eindruck nicht los, dass das Eidgenössische Parlament bei der Ausweitung der Gründe und der Dauer der Haft zur Durchsetzung von Wegweisungen das Mass verloren hat. Bewahren wir deshalb das richtige Augenmass und sagen wir Nein zur übertriebenen Revision des Asylgesetzes.

*Roland Agustoni
Grossrat
Magden*